

EDITORIAL

Türkei und Migration

„Was bedeutet ‚Existenzgründung‘? In der Türkei bedeutet dies, zu heiraten und sich eine Wohnung zu kaufen“, sagt Mehmet Keskin von der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migranten e.V. (ASM) in Hamburg. In Deutschland hingegen wird damit der Weg in eine berufliche Selbstständigkeit oder eine Unternehmensgründung verstanden. Die ethnischen Unternehmen spielen dabei für die deutsche Wirtschaft eine wichtige Rolle. Eine Analyse des Migranten-Unternehmertums in Hamburg präsentiert eine neue HWWI-Studie. Am 3. Oktober 2005 hat die Europäische Union (EU) die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet. Eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei kann aufgrund der engen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sowie einer großen türkischen Diaspora eine weitere Intensivierung des Wanderungsgeschehens zwischen beiden Ländern hervorrufen. Das HWWI wird an der wissenschaftlichen Analyse der wirtschaftlichen und sozio-politischen Folgen eines möglichen EU-Beitritts der Türkei auf die Migrationsbewegungen zwischen beiden Ländern intensiv mitwirken. EL

IN DIESER AUSGABE

Selbstständige Migranten
in Hamburg Seite 1/2

Wirtschaftliche Grundlagen zur
Prognose des Luftverkehrsaufkommens
am Verkehrsflughafen München Seite 3

Zum makroökonomischen Einfluss
gewerkschaftlich organisierter
Bundestagsmitglieder Seite 4

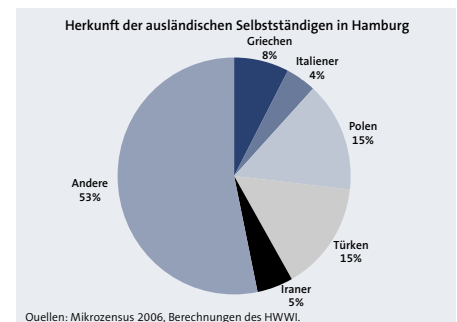
MIGRATION UND UNTERNEHMERTUM

Selbstständige Migranten in Hamburg

Während Zuwanderer in Hamburg bis Mitte der 1970-er Jahre fast ausnahmslos abhängig beschäftigt waren, wird das Gründungsgeschehen von Unternehmen in der Stadt heute maßgeblich durch Migranten geprägt. Bisher ist jedoch wenig über die Herkunft, sektorale Ausrichtung sowie Gründungsmotive der Selbstständigen bekannt. Vor diesem Hintergrund hat ein Forscherteam am HWWI eine Studie über die Migrantenökonomie in Hamburg erarbeitet. Von Ann-Julia Schaland und Andreia Tolciu

Die Studie stellt zunächst Zahlen und Fakten über selbstständige Migranten in Hamburg vor. Der inhaltliche Schwerpunkt der Untersuchung liegt jedoch auf Migrantenunternehmern türkischer Herkunft, deren Gründungsmuster mittels qualitativer Interviews analysiert werden. Im besonderen Fokus stehen dabei türkischstämmige Akademiker, die sich in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen als Rechtsanwälte, Ärzte, Steuer- oder Unternehmensberater selbstständig gemacht haben. Die Ergebnisse der Studie werden im Rahmen der EU-Exzellenzinitiative „Sustainable Development in a Diverse World“ mit Wissenschaftlern verschiedener europäischer Länder und den USA diskutiert.

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des HWWI, forscht von Februar bis August 2010 als Helmut Schmidt-Fellow an der Transatlantic Academy in Washington, DC. Er beschäftigt sich dort mit dem Thema „Turkey and its Neighbors: Implications for the Transatlantic Relationship“. Das Helmut Schmidt-Fellowship wird von der ZEIT-Stiftung vergeben. Die ergebnisoffenen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hält Straubhaar für richtig. „Es ist im deutschen und auch europäischen Interesse, wenn die Türkei dem Westen nicht verloren gehe, sondern sich reformiere und sich weiter Richtung EU orientiere“, sagt Straubhaar.



Die Auswertung von Mikrozensusdaten zeigt, dass in Hamburg fast 15 000 Personen ausländischer Herkunft selbstständig sind. Rechnet man Deutsche mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil dazu, sind es mehr als 21 300. Damit besitzen 18 % aller Selbstständigen in Hamburg einen Migrationshintergrund (vgl. Mikrozensus 2006. Hinweis: Bedingt durch die geringe Anzahl von Fällen im Mikrozensus sind diese Daten unter Vorbehalt zu verwenden). Wie in der Abbildung ersichtlich, stammt der größte Anteil der ausländischen Unternehmer aus der Türkei und Polen, gefolgt von Griechenland, Iran und Italien. Bezieht man die Gruppe der eingebürgerten Selbstständigen mit ein, stellen türkischstämmige Migranten in absoluten Zahlen die größte Gruppe dar.

Der Vergleich der Mikrozensusdaten von 2006 mit Daten aus dem Gewerbezent-

ralregister von 2003 hat ergeben, dass vor allem der Anteil polnischer Selbstständiger – bedingt durch den EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 – von 3 % auf 15 % zugenommen hat. Auffällig ist auch die hohe Anzahl iranischer Unternehmer. Dies ist einerseits dadurch zu erklären, dass Zuwanderer aus dem Gebiet des Irans die sechstgrößte Migrantengruppe in Hamburg darstellen. Andererseits war der Hamburger Hafen in den 1960-er und 1970-er Jahren internationaler Umschlagsplatz für die boomende iranische Teppichproduktion, so dass sich viele iranische Teppichhändler am Standort Hamburg niedergelassen haben. Eine weitere Besonderheit Hamburgs ist die größte portugiesische Gemeinde Deutschlands, die sich vor allem im Gaststättengewerbe selbstständig gemacht hat.

Die Auswertung der sektoralen Ausrichtung aller Migrantunternehmer zeigt, dass ausländische und eingebürgerte Zuwanderer sich vor allem in Branchen selbstständig machen, in denen niedrige Marktzutrittsbarrieren bestehen. So sind – neben der Gastronomie – viele Migranten im Groß- und Einzelhandel vertreten. Dafür gründen sie jedoch im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund weniger im produzierenden Gewerbe. Außerdem sind sie auch seltener im Handwerk anzutreffen, was unter anderem auf die erschwerte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen (zum Beispiel Meisterbrief) zurückzuführen ist. Die Analyse sozio-demografischer Merkmale der Migranten hat zudem ergeben, dass ausländische Selbstständige vornehmlich männlich (76 %) und jung sind. So gründen 37 % in einem Alter zwischen 25 und 34 Jahren, während es bei der deutschen Vergleichsgruppe ohne Zuwanderungshintergrund nur 15 % sind (vgl. Mikrozensus 2006).

Die Analyse von 58 qualitativen Interviews mit türkischstämmigen Selbstständigen in Hamburg hat gezeigt, dass Gründer der ersten Migrantengeneration, die ihre Unternehmen in den 1970-er Jahren eröffneten, primär in Branchen gründeten, die ein relativ niedriges Qualifikationsniveau

erforderten, wie beispielsweise dem Lebensmitteleinzelhandel oder der Gastronomie. Zu dieser Zeit existierte vor allem unter den türkischen Zuwanderern ein großer Bedarf nach heimischen Waren und Dienstleistungen, die in Deutschland nicht erhältlich waren. Diese Marktlücke wurde von Unternehmern gleicher Herkunft erkannt und besetzt.

Die Migrantenökonomie der zweiten und dritten Generation differenziert sich hingegen zunehmend aus. Gründungen in wissensintensiven Branchen, die einen tertiären Bildungsabschluss oder besondere fachliche Qualifikationen erfordern, nehmen deutlich zu. So liegt die Selbstständigquote türkischer Akademiker der zweiten Generation bereits über der deutschen Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (25 % gegenüber 18 %). Türkischstämmige Akademiker der zweiten Migrantengeneration profitieren dabei von der Nachfrage ihrer Landsleute, die teilweise selber Unternehmer sind und zum Beispiel Rechts- und Steuerberatung in türkischer Sprache nachfragen. Auch im Bereich des Gesundheitswesens eröffnen sich Marktnischen für türkischstämmige Ärzte und Pflegedienstleister, die ihre Leistungen mehrsprachig und kultursensibel anbieten können. Vor diesem Hintergrund kann man feststellen, dass sich heutzutage die ehemaligen Nischenbranchen der 1970-er Jahre (Lebensmitteleinzelhandel, einfache Dienstleistungen) zunehmend in den Bereich wissensintensiver Dienstleistungen entwickelt haben.

Die empirische Untersuchung hat zudem gezeigt, dass die Einbettung in co-ethnische Netzwerke eine untergeordnete Rolle für die Erklärung der Selbstständigkeit spielt. Während in der *Ethnic-Business*-Forschung davon ausgegangen wird, dass Migranten durch die Einbettung in co-ethnische Netzwerke Vorteile für die Selbstständigkeit besitzen (zum Beispiel unentgeltliche Mitarbeit von Familienangehörigen), hat die Auswertung der Interviews ergeben, dass die befragten Unternehmer nur selten im Gründungsprozess Hilfe von ihren Familien-

angehörigen oder Freunden erhalten haben. Folglich wird die Bedeutung von co-ethnischen Unterstützungsnetzwerken in der Forschung als Gunstfaktor für die Entscheidung zur Selbstständigkeit überschätzt. Vielmehr spielen fehlende Beschäftigungsalternativen – besonders für niedrig qualifizierte Migranten – oder die Erkennung einer Marktlücke – im Falle der hochqualifizierten Migranten – eine zentrale Rolle für die Erklärung der Entscheidung zur Selbstständigkeit.

Laut Gründerreport des Industrie- und Handelskammertages wird die Zahl der Selbstständigen in Deutschland – demografisch bedingt – bis zum Jahr 2050 um mehr als eine halbe Million sinken. Eine Chance, das Gründungsgeschehen in Deutschland zukünftig zu sichern, sehen Experten in Unternehmensgründungen durch Migranten, da die Gründungsquote von Personen mit Migrationshintergrund schon heute über der von Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte liegt. Auch in Hamburg haben Politiker und Stadtplaner bereits das Potenzial von Migranten beispielsweise für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie die Sicherung von Versorgungsdienstleistungen in benachteiligten Stadtteilen erkannt und eine umfassende auf Migranten spezialisierte Gründungsförderung etabliert. Aus der Auswertung der Interviews mit Migranten wurde allerdings deutlich, dass nur wenige der befragten Selbstständigen die Fördermöglichkeiten kennen und wissen, an welche Einrichtung sie sich wenden können. Vor diesem Hintergrund wäre ein regelmäßiger Austausch zwischen den Akteuren in Hamburg empfehlenswert, um die Angebotsstruktur zu vertiefen und transparenter zu gestalten.

LITERATUR

- El-Cherkeh, T., Schaland, A., Tolciu, A. (2010): Migrant Entrepreneurship in Hamburg: Results from a Qualitative Study with Turkish Entrepreneurs, *HWWI Research Paper*, 3-22.
Die Literatur finden Sie auf unserer Website unter www.hwwi.org (Publikationen, HWWI Dossier „Migration und Unternehmertum“).

Wirtschaftliche Grundlagen zur Prognose des Luftverkehrsaufkommens am Verkehrsflughafen München

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die von der Flughafen München GmbH (FMG) beantragte Erweiterung des bestehenden Verkehrsflughafens München wurde von der FMG das Gutachten „Luftverkehrsprognose 2020 für den Flughafen München“ (erstellt von der Intraplan Consult GmbH) vorgelegt. Zentrale Prognoseprämissen zur Ermittlung des künftigen Flugverkehrsaufkommens sind die Wirtschafts- und Ölpreisentwicklung. Zur Ergänzung der Planung soll den großen Unsicherheitsbereichen über künftige Entwicklungen durch Szenarien begegnet werden. Das Luftamt Südbayern (Regierung von Oberbayern) hat eine entsprechende Szenarienbildung zur Wirtschaftsentwicklung beim HWWI in Auftrag gegeben. *Von Michael Bräuninger*

In diesen Szenarien wird die wirtschaftliche und demografische Entwicklung als Determinante der Luftverkehrsnachfrage abgebildet. Ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor ist der Flugpreis, der durch die Transportkapazitäten und durch den Kerosinpreis beeinflusst wird. Letzterer hängt wesentlich vom Rohölpreis ab. Da dieser wiederum durch die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst wird, ist hier ein interdependentes System zu betrachten.

In der Analyse wird zum einen die Weltwirtschaft, zum anderen die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und hier insbesondere die der Regierungsbezirke in Bayern sowie der Planungsregionen und Kreise in Oberbayern betrachtet. Der zugrundegelegte Prognosezeitraum reicht bis zum Jahr 2020. Darüber hinaus wird ein Ausblick auf die Jahre bis 2025 gegeben. Ausgangspunkt ist ein Basisszenario, in dem die Entwicklung mit der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit dargestellt wird. Darauf aufbauend werden zwei Alternativszenarien abgeleitet, in denen die wirtschaftliche Entwicklung besser bzw. schlechter ist, als für das Basisszenario dargestellt.

Die Berechnungen des HWWI weisen darauf hin, dass sich in der Zeit nach 2010 eine gewisse Beschleunigung abzeichnen wird. Dies ergibt sich aus dem Aufholprozess im Anschluss an die Krise. Im längerfristigen Verlauf gibt es dann aufgrund des Konvergenzprozesses in den Schwellenländern einen leichten Rückgang der Wachstumsraten. Je stärker diese in den Pro-Kopf-Einkommen gegenüber den Industrieländern aufholen, desto mehr gleichen sich die

Wachstumsraten an. Dennoch werden die Wachstumsraten in den schnell wachsenden Schwellenländern auch 2020 bzw. 2025 noch deutlich über den Wachstumsraten in den Industrieländern liegen.

Im Basisszenario liegen die durchschnittlichen Wachstumsraten in fast allen Ländern unterhalb der Durchschnitte in der Zeit 2000 bis 2008. Dennoch ist das durchschnittliche Wachstum der Weltwirtschaft auf einem ähnlich hohen Niveau. Dies ist auf die Verschiebung der Gewichte in der Weltwirtschaft zurückzuführen. So wird sich zum Beispiel das Gewicht von China von etwa 11 ½ % im Jahr 2008 auf 22 % im Jahr 2025 und das von Indien von knapp 5 % auf 8 % erhöhen. Diese Gewichtsverschiebung führt auch dazu, dass die Wachstumsrate insgesamt im Zeitverlauf kaum zurückgeht, obwohl sie in den einzelnen Schwellenländern im Konvergenzprozess sinkt.

Für Deutschland wird im Basisszenario die Konjunkturprognose des HWWI unterstellt. Nach einem Aufholprozess bis zum Jahr 2012 schwenkt dann das Wirtschaftswachstum wieder auf einen Pfad ein, der der langfristigen Trendrate vor der Krise von 1 ½ % entspricht. Im Szenario mit höherem Wachstum findet eine schnellere Erholung der Wirtschaft statt. Dies würde die Chance eines selbst verstärkenden Aufschwungs eröffnen und eine Lösung der Anpassungs- und Konsolidierungsprobleme erleichtern. Unter diesen Bedingungen wäre eine Rückkehr zu einem Wachstum ähnlich dem in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch der Krise von

etwa 2 % vorstellbar. Im Szenario mit niedrigerem Wachstum ist die Überwindung der gegenwärtigen Krise schwieriger. Aufgrund von Rückschlägen im Erholungsprozess ergeben sich zusätzliche Anpassungs- und Konsolidierungsprobleme, die auch auf mittlere Sicht zu einem im Vergleich zum Basisszenario niedrigeren Potenzialpfad führen. In diesem Fall wird eine Trendrate von 1 % unterstellt.

Die Prognoseergebnisse für Bayern liegen über den prognostizierten Wachstumsraten für die Bruttowertschöpfung, die sich in den entsprechenden Szenarien für Deutschland insgesamt ergeben. Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung in Bayern fällt günstiger als in den weiteren westdeutschen Bundesländern aus. Einige der ostdeutschen Bundesländer weisen hingegen hinsichtlich des Wachstums der Bruttowertschöpfung höhere Prognosewerte auf. Ursächlich für die relativ hohen Prognosewerte für Bayern ist, dass sich die Sektorstruktur in Bayern im Durchschnitt günstiger darstellt als auf Bundesebene und die regionalökonomische Entwicklung in der Vergangenheit im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern überdurchschnittlich gut verlief.

GUTACHTEN

Das HWWI-Gutachten zu den wirtschaftlichen Grundlagen für die Prognose des Luftverkehrsaufkommens am Verkehrsflughafen München finden Sie im Internet unter http://regierung.oberbayern.bayern.de/Bereich2/2wirueberuns/2sgvorstell/25sgvorstell/HWWI_Policy_Paper_1-26.pdf.

Zum makroökonomischen Einfluss gewerkschaftlich organisierter Bundestagsmitglieder

Werden gewerkschaftlich organisierte Politiker in Parlamente gewählt, so geraten sie in einen Rollenkonflikt. Einerseits sind sie in ihrer Rolle als Gewerkschaftsmitglied Lobbyist der organisierten Arbeitnehmerschaft, andererseits sind sie als gewählte Volksvertreter unabhängiger Anwalt aller Bürger und hierbei nur ihrem eigenen Gewissen verpflichtet. Eine jüngst publizierte Studie von Hönigsberger (2008) kommt zu dem Schluss, dass die gewerkschaftlich organisierten Parlamentarier in der Bundesrepublik Deutschland keinesfalls als „parlamentarischer Arm“ der Gewerkschaften gesehen werden können. Diese Schlussfolgerung steht jedoch in Widerspruch zu den jüngsten Ergebnissen einer HWWI-Studie. Von Michael Berlemann und Klaus W. Zimmermann

Normalerweise haben Gewerkschaften in der neoklassischen Ökonomik schlechte Karten, weil sie als Lehrbuchfall eines Monopols den Preis der Arbeit über das markträumende Niveau treiben und negative Effekte auf Produktivität, Effizienz und Mobilität ausüben. Revolutionär war daher die ganz unterschiedliche Perspektive, die Freeman und Medoff (1984) einnahmen: Sie sahen Gewerkschaften als „social institutions“, welche die „collective voice“ im Sinne Hirschmans (1970) repräsentieren. Eine solche Sicht mußte zwangsläufig zu einem positiveren Bild der Gewerkschaften führen, das sich auch 20 Jahre später in den Beiträgen zu einem diesem Buch gewidmeten Symposium weitgehend bestätigte. Vor allem aber bestätigte sich, dass zumindest in den USA gewerkschaftliche Vertretung im Parlament und Lobbying gegenüber der Regierung im Sinne einer Stärkung der Gewerkschaftsmacht als *special interest group* nicht erfolgreich waren.

Hier setzte Hönigsberger (2008) in seiner Studie an und untersuchte für den Bundestag quantitativ, ob die Gewerkschafter im Parlament jemals die Stimmenmacht gehabt haben, Gewerkschaft- zu Regierungspositionen werden zu lassen, und qualitativ in Interviews, wie sich dieser Rollenkonflikt aus der Sicht der Abgeordneten gelöst hat. Die Antwort scheint eindeutig und entspricht der Verfassungslage: Auch gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete fühlen sich in erster Linie dem Volk und den Wählern verantwortlich.

Nun gibt es aber einen gravierenden Unterschied zwischen Selbstbildern und faktischem Verhalten, der eine empirische Analyse des HWWI der Fragestellung nahe legt. Hierzu wurden die drei zentralen makroökonomischen Zielgrößen des realen Wirtschaftswachstums, der Arbeitslosenquote und der Inflationsrate auf ihre eigenen vergangenen Ausprägungen sowie die aller übrigen endogenen Variablen in einem vektorautoregressiven Schätzansatz regressiert. Neben einer Dummyvariablen, die für den Strukturbruch der Deutschen Wiedervereinigung kontrolliert, wurde zusätzlich eine Variable in die Regression aufgenommen, die den Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder unter den Bundestagsabgeordneten misst und die auf der Basis von Dokumentationen über die Zusammensetzung des Bundestages eigens konstruiert wurde. Nachdem die Analyse zeigte, dass der prozentuale Anteil der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht selbst von den übrigen makroökonomischen Größen abhängt, wurde die Variable als exogene Variable in der Vektorautoregression berücksichtigt.

Im Ergebnis zeigt sich, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Bundestagsmitglieder keinen signifikanten Einfluss auf die Höhe der Arbeitslosenquote hat; ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad geht also nicht mit systematisch niedrigeren Arbeitslosenquoten einher. Dies bedeutet aber keineswegs, dass

gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete nicht versuchen könnten, eine arbeitnehmerfreundliche Politik zu betreiben. Vielmehr wäre es durchaus möglich, dass sie im Sinne der *Insider-Outsider*-Theorie vorrangig an den Interessen der bereits Beschäftigten (und gewerkschaftlich organisierten) interessiert und deren Löhne hoch zu halten bemüht sind. Genau für diese Interpretation spricht, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Bundestagsmitglieder mit systematisch höheren Inflationsraten und niedrigeren Raten des realen Wirtschaftswachstums einhergeht. Offenbar funktioniert die parteiübergreifende Lobby der Gewerkschafter doch besser, als es nach der Studie von Hönigsberger den Anschein hat.

LITERATUR

Berlemann, M., Klaus W. Zimmermann (2010): They don't get me I'm part of the union: Trade unions in the German parliament, *HWWI Research Paper*, 2-16. Download: www.hwwi.org (Publikationen, HWWI Research).
 Freeman, R. B., J. L. Medoff (1984): *What Do Unions Do?* Basic Books, New York.
 Hönigsberger, H. (2008): *Der parlamentarische Arm. Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung*, edition sigma, Berlin.

Prof. Dr. Klaus W. Zimmermann von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg ist Research Fellow im Kompetenzbereich „Weltwirtschaft“ am HWWI.